

## BEITRÄGE ZUR GEMEINDEPOLITIK DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (1919 – 1923)

von

GYULA STEMLER

Die Gemeindepolitik der sozialdemokratischen Partei nahm in den zwanziger Jahren auf dem weitverzweigten Gebiet ihrer Tätigkeit eine immer wichtigere Stelle ein. Vorliegender Aufsatz vermag nicht eine umfassende Geschichte und Bewertung der gesamten Tätigkeit der Partei zu bieten, immerhin versucht er die gemeindepolitischen Konzeptionen und die praktische Tätigkeit der Partei kurz darzustellen.

\* \* \*

Der Sieg der bürgerlichen Revolution vom Jahre 1918 und später jener der Räterepublik bot der sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit sich – vor allem anhand der Räte – konkret in die Landes- und Gemeindeverwaltung einzuschalten. Nach dem Sturz der Diktatur des Proletariats verwertete die Partei doch nicht die gewonnenen Erfahrungen, sie erkannte die wahre Bedeutung der Gemeindepolitik nicht. Auch anlässlich der Neuorganisierung der SDP im August 1919 wurden nur die Aufgaben auf dem Gebiete der Landespolitik formuliert, von der Gemeindepolitik war keine Rede.<sup>1</sup> In der Lage, die sich infolge des weissen Terrors der Gegenrevolution ausgestaltet hat, zog sich die sozialdemokratische Partei zurück und überliess das Feld den rechts und extrem rechts gerichteten politischen Parteien und Gruppen. Die Gegenrevolution kräftigte sich an Stellen, wo sie im Prinzip auf den stärksten sozialdemokratischen und Massenwiderstand hätte stossen müssen. Es ist kein Zufall, dass hierauf die Gegenrevolutionären Kräfte ihre Budapest Basis so rasch wie möglich ausbauten, und damit selbst der Stabilisierung des Landes zuvorkamen.

Die sozialdemokratische Partei verfügte sogar im Jahre 1920 noch über kein gemeindepolitisches Programm, obwohl dessen Notwendigkeit auch auf ihren Kongressen vor dem Ersten Weltkrieg wiederholt betont wurde.<sup>2</sup> Ihr Standpunkt wurde damit begründet, dass die wichtigste Aufgabe der Partei die Tätigkeit in der Landespolitik sei, die Lösung der lokalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen könne erst nachher folgen.<sup>3</sup> Eine derartige Auslegung der Frage kann nicht akzeptiert werden. Der auf Landesebene geführte Kampf konnte keine Ursache

dessen sein, dass die lokalen Probleme der Hauptstadt und anderer Siedlungen (Städte, Gemeinden) in den Hintergrund gedrängt werden. Für die Partei bedeuteten gerade die Arbeitermassen der Hauptstadt das grösste Massenpotential, eine Mitgliedschaft mit dem grössten politischen Selbstbewusstsein, die kräftigste Organisiertheit und Aktivität. Die Landesaufgaben von denen der Hauptstadt zu trennen, oder letztere ausser acht lassen, war ein Ding der Unmöglichkeit. Für die Partei war es eine zentrale Frage, unter welchen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umständen die Arbeiterschaft von Budapest lebt und arbeitet. Ein Unverständnis dieser Frage war gleichbedeutend damit, dass die partikularen Interessen der Arbeiter- und Kleinbürgermassen auf hauptstädtischer Ebene von anderen politischen Kräften und Parteien formuliert werden, und jene die Massen für ihre eigene Partei gewinnen. Eine Einschaltung in die Macht- und Verwaltungsorganisation der Hauptstadt hätte die Arbeit auf Landesebene nicht gekreuzt oder behindert, im Gegenteil, sie hätte sie bedeutend fördern können.

Anlässlich der am 11. und 12. Juli 1920 abgehaltenen hauptstädtischen Munizipalwahlen stellte die sozialdemokratische Partei keine Kandidaten. Die christlichen Parteien erzielten eine absolute Mehrheit. Die Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung und die von Károly Wolff geführte Christliche Gemeindepartei erhielten 157, die Friedrich'sche christliche Partei 10 und die liberal-demokratische bürgerliche Gruppe 73 Mandate.<sup>4</sup> An den Wahlen beteiligten sich nur die Hälfte der Stimmberechtigten. Die tatsächliche allgemeine politische Stimmung beschreibt József Hamvas in seinem Bericht über die Wahlen sehr treffend: „Das Publikum zog sich von den Wahlen fast abgestumpft zurück. Das Ergebnis wäre wesentlich anders ausgefallen, wenn sich die Sozialdemokraten der Stimme nicht enthalten hätten.“<sup>5</sup> Die sozialdemokratische Partei beschränkte sich bei Bewertung der sich nach den Wahlen ausgestalteten Lage in der Hauptstadt nur darauf, dass sie das richtige Verhalten der sozialdemokratischen Wähler, ihre Wahlpassivität hervorhob. Das Wahlergebnis, die Daseinsberechtigung der neuen christlichen Leitung der Hauptstadt bezweifelte sie nicht.<sup>6</sup> Ihre Passivität begründeten sie mit der inneren Lage des Landes. Sie anerkannten zwar, dass „es ein grosses Interesse der Arbeitereinwohner der Haupt- und Residenzstadt wäre an den Munizipalwahlen teilzunehmen“, die Partei erachtete aber die zur Verfügung stehenden vier Wochen für die Vorbereitung der Wahlarbeiten als zu wenig.<sup>7</sup>

Während der zwei Jahre vor dem Kongress der sozialdemokratischen Partei vom Jahre 1922 wurde in der Presse und im Propagandamaterial der Partei nur sehr wenig über die Gemeindepolitik gesprochen. Im Frühjahr 1922 finden wir zuerst einen Artikel, der sich mit der Lage der Hauptstadt befasst. Der im Blatte Szocializmus erschienene Aufsatz von Mihály Pásztor kehrt wiederholt zu den Budapester Munizipalwahlen vom Jahre 1920 zurück. Über eine datenmässige Erörterung der Ergebnisse hinausgehend ist er gezwungen festzustellen, dass die Partei einen taktischen Fehler begangen hat, indem sie sich an den Wahlen nicht beteilig-



te.<sup>8</sup> Nach dem Aufsatz Pásztor's erschienen in der theoretischen Zeitschrift der SDP mehrere gemeindepolitische Artikel, als Zeichen dessen, dass sich das Interesse dem fraglichen Thema zugewandt hat. Miksa Kálmán schreibt über die Fragen der Verwaltungsreform und der städtischen Selbstverwaltung. Seiner Ansicht nach sind eine Ausweitung der städtischen Autonomie und die Einstellung der staatlichen Kontrolle unumgänglich nötig. Er fordert ferner die Abschaffung der Obergespansstellen und der Stelle des Oberbürgermeisters der Hauptstadt, sowie ein völliges Verschwinden des Virilismus aus dem Leben der Städte und Gemeinden.<sup>9</sup> Im Verhältnis zum Standpunkt Kálmán's formuliert József Braun schon um vieles vorsichtiger. Er anerkennt zwar, dass der Virilismus antidemokratisch ist, doch wendet er die Aufmerksamkeit auch auf jene ungarische Besonderheit, die vor allem für die Provinzstädte kennzeichnend ist, dass hier die vermögenden Schichten, geleitet von ihren wirtschaftlichen Interessen, die treibende Kraft der Entwicklung sind, und ihre Ausschließung aus der Leitung des städtischen Lebens ihren Widerstand auslösen könnte.<sup>10</sup> Mit ähnlicher Vorsicht schreibt er auch über die Gemeindelage von Budapest. Er betrachtet nicht die bestehenden antidemokratischen Grundlagen für die Mängel der Verwaltung, sondern polemisiert mit deren formalen Seite. „Einen grossen, gewissermassen technischen Fehler hat die Verwaltung von Budapest — schreibt er —, nämlich die grosse Vertretungskörperschaft. Diese gestaltet die Beratung einerseits für sehr schwerfällig, anderseits — und dies ist ein viel grösseres Übel — vermindert sie sehr stark das Verantwortungsgefühl.“<sup>11</sup>

Die sozialdemokratische Partei hielt ihren XXI. Kongress zwischen dem 24. und 27. Dezember 1922 ab. Auf diesem berichtete die Parteileitung über ihre Arbeit in der verflossenen Periode, über die Nationalratswahlen des Jahres 1922 und über die nur auf wenige Monate zurückblickende Tätigkeit der Parlamentsfraktion. Auf der Tagesordnung der Parteiversammlung stand auch die Gemeindepolitik, die ein ernstes Interesse auslöste und von vielen Diskussionsbeiträgen und Vorschlägen begleitet war. Das gemeindepolitische Referat hielt Sándor Propper. Gleich eingangs beeilte er sich festzustellen, dass die SDP — ihrem offiziellen Standpunkt gemäss — nicht nur für das Stadtproletariat, sondern auch für das Dorfproletariat kämpft. Die Gemeindeorganisation betrachtet er für ein mit wirtschaftlich-gesellschaftlichen Aufgaben ausgestattetes, örtliches Verwaltungsorgan, beziehungsweise „für ein Behelfsmittel der Staatsverwaltung und der Machtorganisation“.<sup>12</sup> Dessenungeachtet vernachlässigte die Partei gerade dieses Gebiet am meisten, und Propper versucht nicht nur zufällig die Parteileitung in seinem Bericht zu rechtfertigen: „... wenn wir nach der Ursache dessen forschen, warum wir auf die Gemeindepolitik kein Gewicht legen konnten, will ich nur darauf alludieren, dass es in Ungarn auch in der Landespolitik viel zu tun gibt ... Daher waren wir auch jetzt nicht in der Lage, dem Kongress anhand eines Programm-entwurfes ein Verhandlungsmaterial vorzulegen“.<sup>13</sup> Dies ergänzt er noch damit dass die Partei über wenig praktische Gemeindekenntnisse verfügt, und dass die spezifische Gemeindepolitik Ungarns die Erstellung

nicht eines, sondern fünf verschiedener Programme erfordert. Neben dem sozialdemokratischen Gemeindeprogramm der Hauptstadt würden auch die Städte mit Munizipalrecht, die Städte mit geordnetem Magistrat, die Grossgemeinden und die Kleingemeinden selbständige Entwürfe benötigen. Daher könne er nur versprechen, dass die Parteileitung – sofern sie der Kongress damit beauftragt – die fünf Programmentwürfe ausarbeiten werde.<sup>14</sup> Propper umriss hierauf jene wichtigsten Fragen und Aufgaben, welche in die Programme unbedingt aufgenommen werden.

Propper beschäftigte sich gesondert mit der Lage der Hauptstadt. Hier stellte er die demokratische Selbstverwaltung, die unmittelbare Teilnahme und Vertretung der Bevölkerung im Munizipalausschuss in den Mittelpunkt seiner Forderungen. Er sprach über die zerstörende Arbeit der derzeitigen Leitung der Hauptstadt, und zog aus den Budapester Ergebnissen der Wahlen zur Nationalversammlung die Folgerung, dass die sozialdemokratische Partei die besten Aussichten hat – im Falle einer Ausschreibung von Neuwahlen – den Kampf gegen die christliche Leitung der Stadt mit Erfolg aufnehmen zu können. Abschliessend wiederholte er in seiner Rede den neuen gemeindepolitischen Standpunkt der Partei: „Wir müssen an allen Wahlen, an jeder Neubildung von Gemeindevertretungen teilnehmen, wir müssen dabei sein, auch wenn das alte Gesetz in Kraft ist. Dies machen uns teils die zu unseren Gunsten geäusserte allgemeine Stimmung, anderseits der Agitationswert zu Pflicht“.<sup>15</sup>

In der dem Referat folgende Diskussion ergriffen acht Teilnehmer das Wort, und alle waren der Meinung, dass die Partei der Gemeindepolitik zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat. Der Kongressdelegierte József Gondos aus Rákospalota machte darauf aufmerksam, dass sich die Partei schon jetzt für die Gemeindewahlen im nächsten Jahr vorbereiten müsse. Er beantragte, die in den Vertretungskörperschaften bereits tätigen oder in diese zu wählenden sozialdemokratischen Arbeiter mit den wesentlichen Fragen der Gemeindepolitik bekanntzumachen.<sup>16</sup> Die Mehrzahl der Diskussionsredner brachten Anträge im Zusammenhang mit den auszuarbeitenden Programmentwurf ein. Sie ersuchten um Veröffentlichung des Entwurfes in der Presse, die Aufnahme der Forderung eines allgemeinen, geheimen Wahlrechts in den Gemeindeprogrammentwurf, eine aktivere Teilnahme der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion an der Gemeindepolitik, eine Veröffentlichung der sich mit der Gemeindepolitik befassenden Schriften in der Presse.<sup>17</sup> Der Budapester Delegierte Emil Lázár schlug in seinem zur Tagesordnung eingebrachten Antrag vor, im Rahmen des Sekretariats der SDP ein Organ zu errichten, das sich ausdrücklich mit der Gemeindegarbeit beschäftigt, populäre Broschüren herauszugeben, die sich mit der Gemeindepolitik befassen, Parteimitglieder, die sich mit der Gemeindepolitik beschäftigen, auf eine Studienreise ins Ausland zu entsenden und schliesslich einen gemeindepolitischen Kurs von einigen Wochen für die gewählten sozialdemokratischen Mitglieder der Vertretungskörperschaft abzuhalten.<sup>18</sup>

Der Kongress überwies die Anträge Mangels an Zeit der Parteileitung, und nahm den offiziellen Resolutionsantrag an. Der Antrag der



Parteileitung fordert ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für jeden zwanzigjährigen Einwohner der Stadt oder der Gemeinde, und zwar so, dass jeder Wähler zugleich auch gewählt werden könne. Wahlen zur Vertretungskörperschaft sind in jedem zweiten Jahr aufgrund des Proportionalvertretungssystems abzuhalten. Der Virilismus ist abzuschaffen. Die völlige Autonomie der Körperschaften ist zu gewährleisten, dem Staat bleibe lediglich das Aufsichtsrecht vorbehalten. Die Wahl der städtischen und Gemeindeangestellten habe unschuldig durch eine direkte Abstimmung zu erfolgen, das Designierungsrecht ist zu beseitigen. Ebenso sind die Stellen der Obergespanne und die des Oberbürgermeisters der Hauptstadt abzuschaffen. In Angelegenheiten des städtischen und Gemeindelebens habe ausschliesslich die Vollversammlung zu entscheiden, die Magistrate und die verschiedenen Ausschüsse sollen keine Exekutivgewalt besitzen. Die Partei soll einen eingehenden, in jeder Beziehung zufriedenstellenden Gemeindeprogramm-Entwurf ausarbeiten.<sup>19</sup> Abschliessend verwahrt sich der Resolutionsantrag gegen die diktatorische, antisoziale Tätigkeit der derzeitigen Leitung der Hauptstadt und fordert deren Rücktritt, sowie eine sofortige Abhaltung von Neuwahlen.<sup>20</sup> Im Schlusswort zur Tagesordnungsdebatte war die Parteileitung gezwungen wiederholt anzuerkennen, dass sie dieser wichtigen Frage ein geringes Augenmerk zugewendet habe, und versprach eine rasche Ausarbeitung des Programmentwurfes.<sup>21</sup> Damit kam der Kongress und die Partei über jenen minimalen Punkt hinaus, der für die sozialdemokratische Gemeindepolitik unerlässlich war.

Inzwischen wurden in vier Ortschaften der Umgebung von Budapest, in Kispest, Újpest, Rákospalota und Pesterzsébet die neuen Gemeindewahlen auf die Tagesordnung gesetzt. Im Falle der Städte und Gemeinden war das veraltete Gemeindwahlgesetz nach wie vor in Kraft. Neben den gewählten Mitgliedern gelangte eine Anzahl Virilisten in die Vertretungskörperschaft. Auch die Kontroll- und Genehmigungsbefugnis des Komitats und des Innenministeriums blieben erhalten. Die SDP kandidierte trotz der ungünstigen Bedingungen an den Wahlen. In Kispest fanden die Wahlen im Juli, in Újpest im September 1922, in Rákospalota am 31. August 1923 und in Pesterzsébet am 15. Dezember 1923 statt. An allen vier Orten konnte eine ansehnliche sozialdemokratische Fraktion ihre gemeindepolitische Arbeit aufnehmen. Die SDP gewann in Kispest 12, in Újpest 16, in Rákospalota 20 und in Pesterzsébet 40 Mandate.<sup>22</sup>

In Kispest wurde am 18. Juli 1922 zum ersten Mal eine Wahl abgehalten, an der sich auch die SDP beteiligte. Die wirtschaftlich-gesellschaftliche Lage von Kispest war der der umgebenden Gemeinden und Kleinstädten ähnlich. Im Protokoll der Sitzung der Vertretungskörperschaft von Kispest vom 25. Februar 1921 ist folgendes zu lesen: „die Vermögensverhältnisse der Gemeinde sind äusserst ungünstig, ihre Einkommensquellen reichen kaum zur Deckung eines Zehntels ihres Haushaltes aus.“<sup>23</sup> Sie sind daher genötigt die Steuer dauernd zu erhöhen. So konnte zum Beispiel der Ausfall des ordentlichen Haushalts vom Jahre 1921 nur durch Erhöhung der direkten Staatsabgaben und Bemessung

einer Gemeinde-, Schul- und Gewerbeschul-Zusatzsteuer gedeckt werden.<sup>24</sup> In dieser Lage versuchten sie dadurch Abhilfe zu schaffen, dass die Gemeinde ihre Erhebung zur Stadt beantragte. Dieser Wunsch wurde zuerst im Herbst 1921 laut, doch behandelte ihn die Vertretungskörperschaft tatsächlich nicht.<sup>25</sup> In der Vollversammlung vom 15. November brachte Dr. Ernő Herczeg gemeinsam mit mehreren Gemeindevertretern einen eingehenden Resolutionsantrag ein.<sup>26</sup> Laut Begründung des Antrags verfügt die Gemeinde teils über jene materiellen und geistigen Kraftquellen, die zur Geschäftsführung eines städtischen Haushalts erforderlich sind, andererseits eröffnet sich zugleich mit der Umgestaltung zur Stadt ein Anspruch auf namhafte staatliche Unterstützungen und Begünstigungen. So kommt der Stadt ein grösserer Anteil der eingeflossenen Steuern zu, bei der Steuereinhebung verfügt sie über einen grösseren Wirkungskreis, sie kann Ortsstatuten „zwecks Erschliessung neuer Einkommensquellen“ erlassen, die Stadt kann mit einem höreren Kreditanspruch auftreten, die staatlichen Begünstigungen sind auch für die städtischen Angestellten gültig und schliesslich werden die Angelegenheiten der Stadt nicht in der Hauptstadt, sondern an Ort und Stelle erledigt.<sup>27</sup> Der Antrag wurde seitens der wohlhabenderen Einwohner von Kispest eingebracht, die hierbei materiell interessiert waren. Dies geht aus der Debatte anhand des Antrags klar hervor. Der Gemeindevertreter Károlyy Herein weist den Antrag mit der Begründung zurück, dass „das steuerzahlende Publikum von Kispest nicht in der Lage sei die Lasten auf sich zu nehmen“.<sup>28</sup> Mit einer ähnlichen Begründung ist auch der Gemeinderichter György Orichel gegen den Antrag, und fügt hinzu, dass er „die in dieser Sache in Gang gesetzte Bewegung ausschliesslich für eine aus persönlichem Interesse Einzelner entstandene Bestrebung“ hält.<sup>29</sup> Die Vertretungskörperschaft nahm den Antrag dessenungeachtet mit Stimmenmehrheit – vor allem mit den Stimmen der Virilisten – an.<sup>30</sup> Mit der Umgestaltung zur Stadt wird schon zu Beginn des Jahres 1922 begonnen. Zu diesem Zweck werden ein neuer Haushaltsplan und eine neue Wählerliste zusammengestellt.<sup>31</sup> Laut Einteilung der Namensliste wählen 14 Wahlbezirke 20 ordentliche und 14 Ersatzmitglieder in die Gemeindevertretung. Falls die Erhebung zur Stadt bewilligt wird, erhöht sich die Zahl der Stadtverordneten auf hundert. Achtzig Verordnete würde die „Muttersiedlung“, zwanzig die Arbeitersiedlung wählen.<sup>32</sup> Die Genehmigung des Innenministers traf am 18. April 1922 ein.<sup>33</sup> Die Wahlen wurden am 18. Juli abgehalten. Die sozialdemokratische Partei kandidierte auf einer gemeinsamen Liste mit der bürgerlichen Opposition. Die SDP erhielt 12 Mandate.<sup>34</sup>

In der konstituierenden Vollversammlung der Stadt Kispest zwischen dem 22. und 24. Juli 1922, wurde die neue Leitung der Stadt gewählt. Bürgermeister wurde Dr. Gyula Válya, der für die Regierung politisch völlig verlässlich war.<sup>35</sup> In seiner Antrittsrede legte er die Grundsätze seiner Tätigkeit als Bürgermeister eingehend dar. „Auch den Gesetzen gemäss will ich völlig über den Parteien stehen, und werde auch darauf streng bedacht sein, dass der gleiche Geist auch im Beamtenkörper vor-



herrsche und nicht schwach werde ... Es ist daher alles, was dem widerspricht, gesetzwidrig ... Die Ausschaltung der Politik und das Zusammenfassen der Kräfte ist notwendig. Wer dagegen verstösst, verletzt die Interessen der Stadt ... wir müssen uns in einem grossen Zusammenschluss treffen: im Interesse der Stadt, und es müssen sich sämtliche ehrlichen Kräfte in einem heiligen Begriff vereinigen: im Begriff des Ungartums, des nationalen Gedanken ... Die christliche Moral aber ist gleichbedeutend mit Liebe, Verständnis und Ehrlichkeit.“<sup>36</sup> So sah das unpolitische Verhalten des neuen Bürgermeisters in der Praxis aus.

Hierauf folgte die Darlegung des Programms der einzelnen Parteien, darunter die Erklärung der Kisperter Gemeindefraktion der sozialdemokratischen Partei. Mit diesem Programm deklarierte die SDP zum ersten Mal ihre gemeindepolitischen Konzeptionen.<sup>37</sup> Die Programmklärung macht eingangs auf den widersprechenden Umstand aufmerksam, dass in Kisperst mit seinem fast 60 000 Einwohnern nur 6 200 Menschen das Wahlrecht haben, und anlässlich der Wahl nur 1 600 Menschen davon Gebrauch machen konnten, ferner dass in der Vertretungskörperschaft neben den 100 gewählten Stadtverordneten 100 Virilisten Platz nehmen. Die Gemeindefraktion der Partei legte ihre Tätigkeitsgrundsätze im folgenden fest:

„Als in der aufgrund der bestehenden Gesetze zustandegekommenen Vertretungskörperschaft die Vertretung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zum ersten Mal erscheint, erklärt sie, dass sie sich in ihrer Tätigkeit an das Mehrheitsprinzip halten und ihre Tätigkeit nach folgenden Grundsätzen ausüben will: Wir erklären, dass wir das Programm der USDP, das unsere Parlamentsvertretung der Nationalversammlung vorgelegt hat, als das unsere anerkennen, und dass wir, die Grundsätze dieses Programms — entsprechend angewendet — auch in der Gemeindepolitik geltend machen wollen.

Die Gemeindepolitik besteht aus zwei Teilen: aus einer Landes- und einer Lokalpolitik. Zweck der Landespolitik ist die gesetzlichen Vorbedingungen der Möglichkeit einer lokalen Gemeindepolitik auf legislativem Wege zu schaffen. Aufgabe der lokalen Gemeindepolitik aber ist, unter totaler Ausnützung der vom Gesetz gebotenen Möglichkeiten alles zur Förderung der Gemeinde und zum Wohle der Bevölkerung zu tun.

In der Landes-Gemeindepolitik fordert unsere Partei vor allem die Schaffung eines einheitlichen, sich sowohl auf die Städte wie auch auf die Gemeinden erstreckenden, neuen, den Anforderungen der Zeit entsprechenden Gemeindegesetzes, und innerhalb dessen die Bildung einer einheitlichen Gemeindevertretungskörperschaft, aufgrund eines allgemeinen, gleichen, sich auch auf die Frauen erstreckenden Gemeindewahlrechts, bei völliger Abschaffung des Virilismus. Den totalen und vollkommenen Ausbau der Selbstverwaltung, die Schaffung einheitlicher Normen in bezug auf die Geschäftsführung der lokalen Selbstverwaltung sowohl für die Gemeinden, wie auch für die Städte. Eine gesetzliche Gewährleistung des Initiativrechtes des Volkes und der Volksbefragung bei Schaffung dieser Normen. Die Gemeindebeamten sollen der Gemein-

devertretungskörperschaft unterstellt und dieser verantwortlich sein. Die Einschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes in dem Sinn, dass nur gegen das Gesetz verstossende Beschlüsse beanstandet werden können, ansonsten aber den Gemeinden die Ausübung ihrer im Rahmen der Autonomie gesetzlich zugesicherten Rechte frei und ohne jede Aufsicht gewährleistet sei. Die Wahl der Gemeindebeamten gehört zum Wirkungskreis der Vertretungskörperschaft, das Recht der Wahlbestätigung ist der Aufsichtsbehörde ohne jede Eibschränkung gesetzlich zuzusichern.

Zweck dieses, nach obigen Grundsätzen zu schaffenden Gemeindegesetzes ist, dass die Gemeinden eine grössere politische Selbständigkeit erlangen und dadurch in der Lage seien, ein von allen Beschränkungen freie Tätigkeit zum Wohl der Gemeinde auszurüben. Dieser politischen Selbständigkeit darf nur eine Schranke gesetzt werden: die Landesgesetze ... Die Gemeinden haben die in den Landesgesetzen zugesicherten Freiheitsrechte in Ehren zu halten und die Landesgesetze gegenüber jedem Bürger der Gemeinde — ohne Rücksicht auf Rasse und Konfession — anzuwenden.

Für die Schaffung dieses Landesgesetzes wird die Parlamentsfraktion unserer Partei in der Nationalversammlung kämpfen ... unsere Partei wird bestrebt sein, die Tätigkeit der städtischen Vertretungskörperschaft in der lokalen Gemeindepolitik durch Einsatz ihrer Kritik und Ausübung ihres Initiativrechtes in eine Richtung zu lenken, die die Interessen des werktätigen Volkes der Stadt am besten befriedigt und denen dient.

Die Fraktion der wird die Errichtung solcher Institutionen des Gesundheitswesens, der sozialen Versorgung und der Stadtentwicklung fordern, die in Kispest zur Zeit nicht vorhanden sind. In der städtischen Steuerpolitik wollen wir das Progressivitätsprinzip durchsetzen und fordern, dass der Beitrag zu den Lasten der Stadt im Verhältnis zum Vermögen erfolge, und den überwiegenden Teil der Gemeindelasten — unter dem Titel der Verbrauchs- und sonstiger indirekten Steuern — nicht die werktätigen Massen zu tragen haben.

Wir wollen, dass aus der Gemeindepolitik alle jene Fragen ausgeschaltet werden, die in der Landespolitik zur Störung des gesellschaftlichen und konfessionellen Friedens führen, und dass hier, in dieser Stadt in diesen schweren Zeiten alle Gesellschaftsklassen Hand in Hand, mit vereinten Kräften bestrebt seien dem werktätigen Volk der Stadt seinen schweren Kampf ums Dasein zu erleichtern und sein Wohl zu fördern“ — schliesst die grundsätzliche Einleitung der Programmerkklärung.<sup>38</sup>

Die Programmerkklärung der SDP geht nach dieser Einleitung zu ihren konkreten Forderungen über. Unter den städtischen Investitionen fordert sie den Bau eines Krankenhauses, einer Schule, eines Kindergartens, die Errichtung von Wasserleitung und Kanalisation, Strassen- und Gehsteigpflasterung, den Bau eines Schlachthofes und einer Eisfabrik. Auf dem Gebiet der Besteuerung die Verwirklichung des progressiven Steuersystems und die Einführung der Grundwertsteuer. Auf sozialem Gebiet den Bau von Arbeiterwohnungen (am Wekerle-telep), die



Errichtung einer Gemeinde-Lebensmittelhalle, eines Bades, einer Volksbibliothek, eines Lesesaals, eines Armenhauses, eines Kinderasyls, einer Volksküche, einer Rettungsstation, einer zentralen Desinfektionsstation und eines Epidemiespitals. Darüber hinausgehend figurierten unter den Forderungen die Errichtung eines Säuglingsheimes, eines Ambulatoriums für arme Kranke sowie einer Tuberkulosenfürsorgestelle, eine unentgeltliche Versorgung mit Medikamenten, die Regelung des Strassenbahnverkehrs, die Lösung der elektrischen Beleuchtung auf dem Wekerle-telep, die Errichtung eines Bezirksgerichtes und die Einbeziehung der Arbeitersiedlung im städtischen Verband.<sup>39</sup>

Die zweijährige Tätigkeit der Kisperter Gemeindefraktion der SDP war erfolgreich. Sie erreichte, dass die Stadt 32 Kleinwohnungen baute, die Wasserversorgung verbessert, der Bau einer Schule mit 12 Lehrsälen begonnen und die Strassenregulierungsarbeiten durchgeführt wurden, ferner den Bau von acht öffentlichen Brunnen, einer 3,5 km langen neuen Wasserleitung und von 5 neuen Brücken.<sup>40</sup> Auch für soziale Ausgaben wurde ein namhafter Betrag aufgebracht. Für die Lehrmittelhilfe minderbemittelter Kinder wurden 200 000 Kronen, für Vereine 618 000 Kronen, im Rahmen der Aktion für Elendlinderung 100 000 Kronen und für die Notstandsaktion annähernd 6 Millionen Kronen aufgewendet.<sup>41</sup> Die erzielten Erfolge spornten die sozialdemokratischen Stadtverordneten zur weiteren Arbeit an. Antal Linhardt, der Leiter der Fraktion, wies in mehreren Diskussionsbeiträgen und Interpellationen auf die, die Arbeiterinteressen verletzenden Umstände hin. Anlässlich der Besprechung des Haushaltsplans für das Jahr 1923 beanstandete er die grosse Diskrepanz zwischen Ausgaben und Einnahmen, erachtete den für soziale Ausgaben veranschlagten Betrag für zu gering und die Kosten der Administration für zu hoch. Er interpellierte im Interesse der 800 Arbeiterfamilien am Wekerle-telep, in Angelegenheit der bei der Zusammenstellung der Wählerliste vorgekommenen Missbräuche, wegen der Beschwerden der am Schlachthof Arbeitenden.<sup>42</sup> Wir können die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion, namentlich auf sozialem Gebiet, positiv einschätzen, sie tat im Verhältnis zu den gebotenen Möglichkeiten viel für die Arbeiterschaft von Kispest.

Ein wichtiges Gebiet der sozialdemokratischen Partei war Újpest, wo nicht nur eine gut funktionierende Parteiorganisation, sondern auch eine kräftige Gewerkschaftsgruppe bestand. Die Stadt verfügte – ungeachtet dessen, dass sie eng neben Budapest gelegen ist und ein Teil ihrer Einwohner in der Hauptstadt arbeitete – über keine ausreichenden öffentlichen Leistungen und sozialen Einrichtungen. Ein bedeutender Anteil der sich um Budapest angesiedelten Industrie konzentrierte sich in Újpest, aber auch die Zahl der Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler war hoch. Die Einwohnerzahl von Újpest vermehrte sich von 1890 bis 1920 um mehr als das Doppelte, und erreichte die Zahl von 56 489.<sup>43</sup> Von der Jahrhundertwende an beschleunigte sich der Bau von Betrieben, Fabriken und Wohnhäusern in der Stadt immer mehr.<sup>44</sup> Diese Bauten befriedigten jedoch nur zum Teil den Bedarf der hier Wohnenden. Die

Arbeiter von Újpest lebten und arbeiteten vielfach unter sehr ungünstigen Verhältnissen.

Nach dem Sturz der Räterepublik trieb in Újpest das berüchtigte Sonderkommando Babarczy sein Unwesen. 85 Arbeiter wurden verhaftet und sieben Todesurteile gefällt.<sup>45</sup> Am 2. September 1919 löste der Innenminister auf Antrag des Vizegespans die Vertretungskörperschaft der Stadt auf, und beauftragte mit der Führung der Geschäfte den gewesenen Obernotär des Komitates Brassó, Dr. Aladár Semsey in der Eigenschaft eines Munizipalkommissars.<sup>46</sup> Der Kommissar führte die Geschäfte der Stadt bis zum 18. April 1922 als Einzelmann. Die Autonomie der Stadt wurde mit dem Beschluss des Munizipalausschusses des Komitats Zahl 24 756/1741–1922 wiederhergestellt, worauf Neuwahlen ausgeschrieben wurden.<sup>47</sup>

Am 29. September 1922 wurden in Újpest die Gemeindewahlen abgehalten. In zwanzig Wahlkreisen wurden 100 ordentliche und 40 Ersatzmitglieder gewählt. Auch in Újpest kandidierte die sozialdemokratische Partei gemeinsam mit den bürgerlichen Oppositionsparteien, und erhielt von den gemeinsam erzielten 55 Mandaten 16.<sup>48</sup> Nur ein Fünftel der Stadtbevölkerung verfügte über das Wahlrecht, und auch von diesen machten nur 2 500 davon Gebrauch, bzw. konnten davon Gebrauch machen. Die Wahl fand wochentags statt, die Wahllokale waren von morgens 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr geöffnet. Davon waren in erster Linie die Arbeiter von Újpest betroffen. Die Arbeiterwähler – darunter viele Sozialdemokraten – konnten morgens wegen des späten und nachmittags wegen frühen Zeitpunktes von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen.<sup>49</sup> Nach der offiziellen Beamtenneuwahl stellte sich am 20. Oktober Dr. Aladár Semsey, nunmehr in seiner neuen Funktion, als Bürgermeister, der Vollversammlung vor, und mit ihm auch die Fraktionen der verschiedenen Parteien. Nach der Programmrede des Bürgermeisters legten die Fraktionsleiter die Konzeptionen ihrer Partei in bezug auf die Gemeinde dar. Der Leiter der Újpester Gemeindefraktion der sozialdemokratischen Partei verlas eine aus 23 Punkten bestehende Deklaration, die eine Ausweitung der Autonomie, die Vervollkommnung der Administration, die Vereinfachung der Verwaltung, eine gesteigerte Sparsamkeit im städtischen Haushalt, die Entlassung der überflüssigen städtischen Beamten, eine Gehaltsregelung der städtischen Beamten, die Wahl der städtischen Beamten, die Gewährleistung einer billigen Verköstigung durch Errichtung von behördlichen Verköstigungsbetrieben, die Bezwungung der Teuerung, die Einführung einer progressiven Steuerzahlung, die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, eine Verbesserung der Wirtschaftslage der Stadt, den Bau von Kleinwohnungen, die Förderung des Gesundheitswesens, den Bau von Schulen und Kindergärten, die Sicherung einer ständigen ärztlichen Versorgung, die Errichtung einer Volksbücherei, den Bau eines städtischen Kulturhauses, eine kostenlose Versorgung der Kinder unbemittelter Familien mit Lehrbehelfen, die Organisierung einer kostenlosen Schulung von Erwachsenen, die Errichtung einer Arbeitsschule, die Organisierung einer Volkswohlfahrtsab-



teilung, die Regelung des Armenwesens, eine Förderung der industriellen Tätigkeit der Stadt, die Regelung der Wasser- und Strompreise, eine Fahrpreisbegünstigung und die Erstellung eines sozialpolitischen Statuts forderte<sup>50</sup>.

Die Újpesti Gemeindefraktion der SDP erzielte zwischen 1922 und 1924 bedeutende Erfolge. Auf ihrem Antrag wurde im Oktober 1923 der städtische Sozialausschuss ins Leben gerufen.<sup>51</sup> Die im Jahre 1922 begonnene Kindererholungsaktion wurde ausgedehnt.<sup>52</sup> Während dieser Zeit wandte die Stadt namhafte Beträge für Strassenpflasterung auf, ein 1,1 km langer Kanal, und ein 1,6 km langer neuer Damm wurden gebaut, 22 Kleinwohnungen und 52 Notwohnungen wurden übergeben.<sup>53</sup> Die Fraktion interpellierte in mehreren Fällen mit Erfolg bezüglich einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der in den Újpesti Fabriken arbeitenden Werktätigen, einer Unterstützung der Hochwassergeschädigten und der Einleitung von öffentlichen Arbeiten. So wird in der Vollversammlung vom 13. September 1923 wegen der Anbringung von Schutzvorrichtungen und dem Verbot der Kinderbeschäftigung auf den ungesunden Arbeitsplätzen der Glasfabrik von Megyer das Wort erhoben. Die gleiche Vollversammlung votierte 5 Millionen Kronen für die Behebung der Hochwasserschäden und die Unterstützung der Geschädigten.<sup>54</sup>

Im Jahre 1924 nahm die Stadt einen Kredit in der Höhe von zwei Milliarden Kronen zur Deckung der Kosten von öffentlichen Arbeiten, zum Bau von Notwohnungen und zur Behebung der Hochwasserschäden auf.<sup>55</sup> Das städtische Schlachthaus, die Epidemiestation, die Desinfektionsanstalt, die Schule und der Kindergarten wurden erneuert. Die Mutter- und Säuglingsfürsorge wurde organisiert, die Bedürftigen wurden mit Kleinkinderwäsche und ständigen Geldzuwendungen unterstützt.<sup>56</sup>

Die aufgezählten Erfolge lieferten Beweis dafür, dass die sozialdemokratische Partei neben der Landespolitik auch in der Gemeindepolitik vieles tun kann.

In unmittelbarer Nachbarschaft von Újpest lag Rákospalota. Hinsichtlich seiner Einwohnerzahl blieb es kaum hinter seinem Nachbarn zurück, doch was den städtischen Charakter betrifft, können wir aus zeitgenössischen Schriften erfahren, dass „es sich kaum von jenen verlassenen Dörfern der Tiefebene unterscheidet, denen im Sommer das Staubmeer, im Winter, Frühling und Herbst hingegen der bodenlose Morast einem traurigen ungarischen Charakter verleiht“.<sup>57</sup> Es mangelt an einem Krankenhaus, einer Wasserleitung, einem Volksbad, einem Postamt, einer Bibliothek und einer Rettungsstation. Die Kanalisation ersetzt ein zum Szilas-Bach führender Graben. Dieser Stadt mit einer Bevölkerung von 36 000 Einwohnern war es wahrlich nicht anzumerken, dass sie unmittelbar neben der Hauptstadt erbaut wurde.

Die neuen Gemeindewahlen, an denen auch die SDP kandidierte, fanden am 31. August 1923 statt, und aufgrund dieser gelangten 20 sozialdemokratische Stadtverordneten in die Vollversammlung. Von den in den Randsiedlungen tätigen sozialdemokratischen Gemeindefraktionen war vielleicht die von Rákospalota in der schwierigsten Lage. Hier musste

alles von vorne begonnen werden, ihre Arbeit war bei weitem nicht so augenfällig wie in Újpest. Die erste Vollversammlung nach dem Wahlen fand am 5. September statt, in dieser wurden die materiellen Möglichkeiten der Stadt und die dringlichsten Aufgaben erwogen. Innerhalb kurzer Zeit wurde sehr vieles zur Beseitigung der ungünstigen Lage getan.<sup>58</sup> Die grösste Sorge bereitete der Verkehr, da ein ansehnlicher Teil der industriellen Arbeiter der Stadt in die Hauptstadt oder in die umliegenden Industriebetriebe zur Arbeit ging. Die sozialdemokratische Fraktion urgierte daher tatkräftig die Lösung der Verkehrsfrage.<sup>59</sup> Die Entwicklung der Stadt, die Verbesserung ihrer Lage waren primär durch die materiellen Möglichkeiten bestimmt. Innerhalb dessen wurde aber für die Ausgestaltung befriedigender Lebens- und Arbeitsbedingungen vieles getan.

Über die grösste Gemeindefraktion verfügte die SDP in Pesterzsébet. Gelegentlich der am 15. Dezember abgehaltenen Wahlen gelangte die Partei zu 40 Mandaten.<sup>60</sup> Die Wahlen fanden im Zusammenhang mit der Erhebung von Pesterzsébet zur Stadt statt, und dies war die einzige Randsiedlung von Budapest, wo sämtliche Mandate dem sozialdemokratisch-bürgerlichen Block zufielen. Die neue Leitung der Stadt hatte hier mit ähnlichen Sorgen zu kämpfen wie die der bereits erwähnten Siedlungen in der Umgebung von Budapest. Die Stadt mit 40 000 Einwohnern hatte keine Wasserleitung, und bloss zwei öffentliche Brunnen funktionierten. Selbst die minimalsten hygienischen Vorschriften konnten nicht befolgt werden. Von hundert Menschen starben 37 an Tuberkulose. Auch die Kindersterblichkeit war ausserordentlich hoch. In Pesterzsébet mangelte es selbst an den minimalsten sozialen Einrichtungen, deshalb setzte sich die Gemeindefraktion der SDP in Pesterzsébet eine Abhilfe dessen zum primären Ziel. Innerhalb von kaum eines Jahres wurden eine 4,5 km lange Wasserleitung und neue Strassen gebaut, ferner 4 000 Bäume gepflanzt. Die Milchversorgung der Stadt wurde organisiert, wodurch die wichtigste Arznei der Tuberkulose geschaffen war. Durch eine Verringerung des Beamtenstandes der Stadt konnte eine Verminderung der administrativen Ausgaben, die 80 Prozent des städtischen Einkommens aufzehrten, um die Hälfte erzielt werden, es wurde ein defizitloser Haushaltsplan geschaffen.<sup>61</sup> Die Arbeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten war auch später sozialpolitisch orientiert, und diese Fragen standen auch im Mittelpunkt des perspektivischen Entwicklungsplans der Stadt.

Ausser den bereits erwähnten Randsiedlungen von Budapest fanden am 29. Dezember 1923 auch in Pestújhely partielle Gemeindewahlen statt. Es wurden 10 ordentliche und 7 Ersatzmitglieder gewählt, die sozialdemokratische Partei konnte sich auch hier eine Vertretung sichern.<sup>62</sup>

In den vier Städten mit geordnetem Magistrat und in einer Gemeinde kam es dem folgend zu den Wahlen, dass die sozialdemokratische Partei ihre passive Politik aufgab, und sich neben den Wahlen zur Nationalversammlung auch an den Gemeindewahlen beteiligte. Die Budapester Munizipalwahlen wurden bereits aufgrund des vom konterrevolutionären System im Jahre 1920 geschaffenen neuen Gesetzes abgehalten, während



an den unsererseits besprochenen Orten noch die alten Gemeindegesetze wirksam waren. Letzter enthielten solche Beschränkungen, welche die überwiegende Mehrheit der Stadt- und Dorfbewohner vom Wahlrecht ausschlossen. Hundert Steuerzahler der Siedlung, die die meiste Steuer entrichteten, wurden – als Virilisten – ohne Wahl Mitglieder der Vertretungskörperschaft. Das offizielle Regime hatte die Möglichkeit, den ihm unangenehmen politischen Gegnern – selbst wenn diese anlässlich der Wahl eine Mehrheit erzielen – mit den Virilisten das Gegengewicht zu halten. Ausser den gesetzlich gebotenen Möglichkeiten bediente man sich auch solcher Mittel, die die Arbeiterwähler benachteiligten, sie von der Ausübung ihres gesetzlichen Rechtes ausschlossen (Abhaltung der Wahlen an Wochentagen, die Wahllokale werden am frühen Nachmittag geschlossen usw.). Die sozialdemokratische Partei kandidierte trotz der ungünstigen Bedingungen zu den Wahlen. Diese Linienführung wurde auch durch den am XXI. Parteikongress angenommenen gemeindepolitischen Beschluss bekräftigt. Die SDP kandidierte zu den Wahlen gemeinsam mit den bürgerlichen liberalen Parteien, doch innerhalb des Wahlbündnisses überliess sie die Führung den bürgerlichen Kräften. Die 40 Prozente, die von den Mandaten der Vertretungskörperschaft der SDP zukamen, widerspiegelten die tatsächliche Wählerbasis nicht. In der Hoffnung das Bündnis aufrechterhalten zu können verhalfen sozialdemokratische Wähler mit ihrer Stimme bürgerliche Verordnete zu Mandaten.

Neben diesen negativen Erfahrungen sind natürlich auch mehrere günstige Züge zu erkennen. Die Wahlen bewiesen eindeutig, dass es sich der SDP lohnt sich mit den Fragen der Gemeindepolitik zu beschäftigen, indem die lokalen Wahlen eine günstige Gelegenheit zur Ausweitung des Masseneinflusses der Partei, zur Analyse der örtlichen wirtschaftlich-politischen Lage und dessen Verwertung bei der späteren Arbeit boten. Anhand der Verarbeitung der Erfahrungen der sozialdemokratischen Gemeindefraktionen in den Randsiedlungen konnte die Ausarbeitung des Gemeindeprogramms auf Landesebene in Angriff genommen werden. Desgleichen stellten sie eine Hilfe bei der Vorbereitung auf die Budapester Gemeindepolitik dar. Obwohl die sozialdemokratische Partei auch in ihrer Gemeindepolitik daran festhielt, dass ihre Tätigkeit innerhalb der gesetzlichen Schranken bleibe, tat sie – in die Vertretungskörperschaft gelangt – vieles auf sozialem, kulturellem und gesundheitlichem Gebiet.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Párttörténeti Intézet Archivuma (Archiv des Institutes für Parteigeschichte) Rópiratgyűjtemény (Flugblättersammlung). III/2/1919. VIII. 2549–2. A MSZDP vezetésének felhívása tagjaihoz (Aufruf der Leitung der USDP an ihre Mitglieder). 25. August 1919.

<sup>2</sup> Kiss, Gy.: A budapesti várospolitika 1873–1944. Második átdolgozott kiadás (Die Budapester Stadtpolitik. Zweite umgearbeitete Ausgabe). Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, Budapest 1958. S. 110.

- <sup>3</sup> Népszava, 14. Juli 1920. A községi választások tanulságai. A Magyarországi Szociáldemokrata Párt 1922. évi december hó 24., 25., 26. és 27. napjain Budapesten megtartott XXI. pártgyűlésének jegyzőkönyve. Gyorsírói jegyzetek alapján (Lehren der Gemeindevahlen. Protokoll des XXI. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Ungarns vom 24., 25., 26. und 27. Dezember 1922. Auf Grund von Stenogrammen). Budapest 1923. Népszava S. 8–9. (Im weiteren MSZDP XXI. kongresszusának jkv.).
- <sup>4</sup> Nemes, D.: Az ellenforradalom története Magyarországon 1919–1921 (Geschichte der Gegenrevolution in Ungarn 1919–1921). Akadémiai Kiadó. Budapest. 1962. S. 276.
- <sup>5</sup> Hamvas, J.: Budapest megújítása 1924–1933. Kortörténeti vázlat (Budapests Erneuerung 1924–1933. Zeitgeschichtliche Skizze). Szerző kiadása. Budapest. 1942. S. 23.
- <sup>6</sup> Népszava, 14. Juli 1920. A községi választások tanulságai (Lehren der Gemeindevahlen).
- <sup>7</sup> Népszava, 19. Juli 1920. A szociáldemokrata párt és a törvényhatósági választások (Die sozialdemokratische Partei und die Munizipalwahlen).
- <sup>8</sup> Szocializmus, Máj 1922, S. 112–116. Pásztor, M.: A „kursz“ a városházán (Der „Kurs“ im Rathaus).
- <sup>9</sup> Szocializmus, April 1922, S. 164. Kálmán, M.: A közigazgatási reform és a munkásosztály (Die Verwaltungsreform und die Arbeiterklasse).
- <sup>10</sup> Szocializmus, Mai 1922, S. 207. Braun, J.: A helyi önkormányzat (Die örtliche Autonomie).
- <sup>11</sup> a.a.O.
- <sup>12</sup> Az MSZDP XXI. kongresszusának jkv., gen. Werk, S. 196.
- <sup>13</sup> a.a.O. S. 197. Propper Sándor előadói beszéde (Sándor Propper's Referat).
- <sup>14</sup> a.a.O.
- <sup>15</sup> a.a.O. S. 203.
- <sup>16</sup> a.a.O. S. 204–205. Gondos József felszólalása (József Gondos's Diskussionsbeitrag).
- <sup>17</sup> a.a.O. S. 223. Lázár Emil felszólalása (Emil Lázár's Diskussionsbeitrag).
- <sup>18</sup> a.a.O. S. 93. Tanácskozás közben beérkezett indítványok. 22. sz. indítvány (Während der Verhandlung eingelangte Anträge. Antrag Nr. 22).
- <sup>19</sup> a.a.O. S. 85.
- <sup>20</sup> a.a.O. S. 85–86.
- <sup>21</sup> a.a.O. S. 226–227. Propper Sándor zárszava (Schlussworte Sándor Propper's).
- <sup>22</sup> A szocialista községi politika eredményei Budapest környékén 1922–1924. – Az újpesti, kispesti, rákospalotai és pesterzsébeti községi frakció munkája (Ergebnisse der sozialistischen Gemeindepolitik in der Umgebung von Budapest 1922–1924. – Die Arbeit der Gemeindefraktionen in Újpest, Kíspeszt, Rákospalota und Pesterzsébet). MSZDP Anyaggyűjtemény, Nr. 26. Februar 1926. Als Manuskript. S. 2.
- <sup>23</sup> Pest megyei Levéltár, Kíspeszt községi képviselőtestületének jegyzőkönyve (Archiv des Komitates Pest, Protokoll der Vertretungskörperschaft der Gemeinde Kíspeszt) 25. Februar 1921. (Im weiteren: PML).
- <sup>24</sup> a.a.O. 15. April 1921. Die Summe des ordentlichen Haushaltsplans vom Jahre 1921 betrug 2 948 555 Kronen, die Gemeinde konnte jedoch nur 724 011 Kronen aufbringen. Es musste daher nach jeder Krone der direkten staatlichen Abgaben eine Gemeinde-Zusatzsteuer von 70 heller bemessen, beziehungsweise die Schul-Zusatzsteuer um 5, die der Gewerbeschule um 3% erhöht werden.
- <sup>25</sup> a.a.O. 6. September 1921. Die Erhebung zur Stadt mit geordnetem Magistrat wurde zuerst in der Vollversammlung vom 5. März 1918 aufgeworfen, sodann im Jahre 1920 wieder auf die Tagesordnung gesetzt. In beiden Fällen blieb eine meritorische Beratung der Frage aus.
- <sup>26</sup> a.a.O. 15. November 1921. Der Antrag wurde am 31. Juli 1921 von Dr. Ernő Herczeg und 26 weiteren Verordneten eingebracht.
- <sup>27</sup> a.a.O.
- <sup>28</sup> a.a.O. Károly Herein's Diskussionsbeitrag.
- <sup>29</sup> a.a.O. György Orichel's Diskussionsbeitrag.
- <sup>30</sup> a.a.O. Beschluss Nr. 154/1921. Der Antrag wurde bei der Abstimmung mit 16 Ja- und 2 Nein-Stimmen angenommen.
- <sup>31</sup> a.a.O. 5. Januar und 31. Januar 1922. Die Summe des städtischen Haushaltsplans betrug 4 781 264 Kronen, die Deckung hingegen nur 1 143 173 Kronen. Der Fehlbetrag wird abermals durch eine Steuerbemessung behoben: a.a.O. 28. Februar 1922. Gemäss



der offiziellen Zusammenschreibung verteilen sich die Wähler der zehn Wahlkreise wie folgt: Wk. I: 512, Wk. II: 672, Wk. III: 614, Wk. IV: 650, Wk. V: 766, Wk. VI: 534, Wk. VII: 583, Wk. VIII: 568, Wk. IX: 633, Wk. X: 654 Wähler. Von Kispest's 52 230 Einwohnern besaßen 6 186 das Wahlrecht.

<sup>32</sup> a.a.O. 21. März 1922. Beschluss Nr. 55/1922.

<sup>33</sup> a.a.O. 18. April 1922.

<sup>34</sup> A magyar forradalmi munkásmozgalom története (Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung). Bd. 2. Kossuth Könyvkiadó. 1967. S. 53; PML Kíspeszt r.t. város képviselőtestületének jegyzőkönyve (Protokoll der Vertretungskörperschaft der Stadt Kíspeszt m.g.M.), 22. Juli 1922.

<sup>35</sup> PML Kíspeszt r.t. város képviselőtestület alakuló közgyűlésének jegyzőkönyve (Protokoll der konstituierenden Vollversammlung der Vertretungskörperschaft der Stadt m.g.M. Kíspeszt), 24. Juli 1922.

<sup>36</sup> a.a.O. 14. August 1922. Programmrede des Bürgermeisters Gyula Válya.

<sup>37</sup> a.a.O. Programmklärung der Gemeindefraktion Kíspeszt der SDP.

<sup>38</sup> a.a.O.

<sup>39</sup> a.a.O.

<sup>40</sup> A szocialista községi politika eredményei Budapest környékén 1922 – 1924 (Ergebnisse der sozialistischen Gemeindepolitik in der Umgebung von Budapest 1922 – 1924), gen. Werk S. 5 – 6.

<sup>41</sup> PML Kíspeszt r.t. város képviselőtestületének jegyzőkönyve (Protokoll der Vertretungskörperschaft der Stadt m.g.M. Kíspeszt), 16. April 1923. Beschluss Nr. 90/1923; a.a.O. 3. November 1922, Beschluss Nr. 114/1922; a.a.O. 24. November 1922, Beschluss Nr. 124/1922; a.a.O. 21. Dezember 1922, Beschluss Nr. 175/1922.

<sup>42</sup> a.a.O. 26. April 1923, Antal Linhardt's Diskussionsbeitrag; a.a.O. 22. Februar 1924, Linhardt's Interpellation; a.a.O. 28. Mai 1923, Linhardt's Interpellation.

<sup>43</sup> *Urgó, Gy.*: Újpest 1831 – 1930 Magyar Városok Monográfiája (Újpest 1831 – 1930 Monographie der Ungarischen Städte). A Magyar Városok Monográfiája Kiadóhivatala, Budapest, 1932. S. 170.

<sup>44</sup> S. a.a.O. S. 187.

<sup>45</sup> A szocialista községi politika eredményei Budapest környékén 1922 – 1924 (Ergebnisse der sozialistischen Gemeindepolitik in der Umgebung von Budapest 1922 – 1924), gen. Werk S. 3.

<sup>46</sup> PML Alispáni közigazgatási iratok (Verwaltungsakten des Vizegespans) 34426 – 589 – 17. Dezember 1919.

<sup>47</sup> PML Pest-Pilis-Solt-Kiskun vármegye Újpest r.t. város területére kirendelt törvényhatósági biztosi iratok (Akten des für das Gebiet der Stadt m.g.M. Újpest Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun eingesetzten Munizipalkommissars) 5221 – 71 – 1. September 1922.

<sup>48</sup> A szocialista községi politika eredményei Budapest környékén 1922 – 1924 (Ergebnisse der sozialistischen Gemeindepolitik in der Umgebung von Budapest 1922 – 1924), gen. Werk S. 2; A magyar forradalmi munkásmozgalom története (Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung) Bd. 2, gen. Werk S. 53.

<sup>49</sup> a.a.O.

<sup>50</sup> PML Újpest r.t. város közgyűlésének jegyzőkönyve (Protokoll der Vollversammlung der Stadt m.g.M. Újpest) 20. Oktober 1922; A szocialista községi politika eredményei Budapest környékén 1922 – 1924 (Ergebnisse der sozialistischen Gemeindepolitik in der Umgebung von Budapest 1922 – 1924), gen. Werk S. 3 – 4.

<sup>51</sup> PML Újpest r.t. város képviselőtestületének jegyzőkönyve (Protokoll der Vertretungskörperschaft der Stadt m.g.O. Újpest) 10. Oktober 1923.

<sup>52</sup> A szocialista községi politika eredményei Budapest környékén 1922 – 1924 (Ergebnisse der sozialistischen Gemeindepolitik in der Umgebung von Budapest 1922 – 1924), gen. Werk S. 4.

<sup>53</sup> a.a.O. S. 5.

<sup>54</sup> PML Újpest r.t. város képviselőtestületének jegyzőkönyve (Protokoll der Vertretungskörperschaft der Stadt m.g.M. Újpest) 13. September 1923.

<sup>55</sup> a.a.O. 14. November 1924.

- <sup>56</sup> A szocialista községi politika eredményei Budapest környékén 1922 – 1924 (Ergebnisse der sozialistischen Gemeindepolitik in der Umgebung von Budapest 1922 – 1924), gen. Werk S. 5.
- <sup>57</sup> a.a.O. S. 7.
- <sup>58</sup> a.a.O.
- <sup>59</sup> a.a.O. S. 8. Von den 13 000 Industriearbeitern – das sind ein Drittel der Bevölkerung – von Rákospalota gingen 10 000 zur Arbeit in die Hauptstadt.
- <sup>60</sup> A Magyarországi Szociáldemokrata Párt 1924. évi április hó 20., 21. és 22. napján Budapesten megtartott XXII. pártgyűlésének jegyzőkönyve (Protokoll des am 20., 21. und 22. April 1924 in Budapest abgehaltenen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Ungarns). Népszava, 1924. S. 27.
- <sup>61</sup> A szocialista községi politika eredményei Budapest környékén 1922 – 1924 (Ergebnisse der sozialistischen Gemeindepolitik in der Umgebung von Budapest 1922 – 1924), gen. Werk S. 6 – 7.
- <sup>62</sup> PML Pestújhely községi képviselőtestületének jegyzőkönyve (Protokoll der Vertretungskörperschaft der Gemeinde Pestújhely) 4. März 1924. Die konstituierende Sitzung der Vertretungskörperschaft.